

davon sind rund 1500 Schweizerinnen und Schweizer in Japan, diesem für die Schweiz wichtigen asiatischen Handelspartner.

Auf der anderen Seite betrifft dies rund 9200 japanische Staatsangehörige, die im Register der Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie der Invalidenversicherung eingetragen sind. Sie verfügen zwar über Beitragszeiten in der Schweiz, haben aber derzeit nur einen eingeschränkten Anspruch auf AHV- und IV-Leistungen. Sie können insbesondere nur dann eine Rente beziehen, wenn sie in der Schweiz wohnen. Andernfalls haben sie lediglich Anspruch auf die Rückerstattung der AHV-Beiträge.

Es ist zudem durchaus möglich, dass sich künftig noch weitere Unternehmen schweizerischer Herkunft in Japan niederlassen werden. Die Zahl derjenigen, die von diesem Sozialversicherungsabkommen profitieren könnten, wird sich wahrscheinlich in den kommenden Jahren noch weiter erhöhen.

Die staatlichen Sozialversicherungen Japans sind für alle Erwerbstätigen obligatorisch. Sie umfassen die Risiken Krankheit, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, Mutterschaft, Alter und Tod sowie Arbeitslosigkeit. Sie werden ebenfalls mit Beiträgen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie durch staatliche Zuschüsse finanziert. Der globale Beitragssatz beträgt je nach Alter zwischen 25 und 27 Prozent des Bruttoeinkommens.

In Übereinstimmung mit den allgemeinen internationalen Grundsätzen bringt das Abkommen eine weitgehende Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Vertragsstaaten in den vom Abkommen erfassten Versicherungszweigen. Die Gleichstellung erstreckt sich auf die Zahlung von Geldleistungen an Versicherte mit Wohnsitz im Ausland. Artikel 5 garantiert die Zahlung von Leistungen unabhängig vom Wohnort. Die Schweiz hat zu einigen Leistungen Vorbehalte angebracht. So werden beispielsweise Invalidenrenten für Personen, deren Invaliditätsgrad unter 50 Prozent liegt, was also einen Anspruch auf eine Viertelrente begründet, sowie ausserordentliche Renten und Hilflosenentschädigungen der AHV/IV nur in der Schweiz ausbezahlt.

Der Nationalrat hat diesem Abkommen in der Sommersession am 16. Juni 2011 einstimmig zugestimmt. Unsere SGK hat es anlässlich der Sitzung vom 18. August behandelt und ohne Diskussion unserem Rat überwiesen.

Ich beantrage Ihnen namens der einstimmigen Kommission, auf diese Vorlage einzutreten und ihr ebenfalls zuzustimmen.

Burkhalter Didier, conseiller fédéral: Permettez-moi d'insister sur les origines de cette convention. C'est dans le cadre des discussions relatives à l'Accord de libre-échange et de partenariat économique entre la Suisse et le Japon que la volonté de passer une convention de sécurité sociale entre la Confédération suisse et le Japon s'est inscrite. Il faut insister sur l'importance des relations avec le Japon, où le nombre de Suisses est quand même relativement important. De plus, ce partenaire est le deuxième de la Suisse en Asie après la Chine.

Et puis, sur le fond, le rapporteur de la commission a donné les éléments importants. L'essentiel est clairement d'éviter la double charge des salariés et des employeurs liée au cumul de l'obligation de verser des cotisations dans les deux Etats. Avec cette convention de sécurité sociale, cette double charge est supprimée.

Evidemment, rien que cela, même s'il y a d'autres points dans cette convention, est déjà un élément suffisant pour que vous entriez en matière et que vous donniez la possibilité au Conseil fédéral de la ratifier.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Japan über soziale Sicherheit
Arrêté fédéral portant approbation de la convention de sécurité sociale entre la Confédération suisse et le Japon

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes ... 30 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

10.3886

**Motion WBK-NR (10.454).
Bundeskompetenz
für Mindestzahl
von Studienplätzen
an medizinischen Fakultäten**

**Motion CSEC-CN (10.454).
Compétence fédérale
de fixer un nombre minimal
de places pour l'admission
aux facultés de médecine**

Einreichungsdatum 21.10.10

Date de dépôt 21.10.10

Nationalrat/Conseil national 03.03.11

Bericht WBK-SR 17.05.11

Rapport CSEC-CE 17.05.11

Ständerat/Conseil des Etats 13.09.11

Präsident (Inderkum Hansheiri, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt mit 9 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Motion abzulehnen.

Maissen Theo (CEg, GR), für die Kommission: Die Kommission hat mit einigem Erstaunen davon Kenntnis genommen, dass der Bundesrat die Annahme dieser Motion empfiehlt. Dabei ist festzuhalten, dass die WBK das Problem, dass es ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei ausgebildeten Ärzten gibt, überhaupt nicht verkannt hat; das ist an und für sich nicht die Thematik. Die Frage ist die, ob es das richtige Instrument ist, dass man die Frage der Studierendenzahl zentral und praktisch mit einer planwirtschaftlichen Steuerung angeht, zumal damit die Grundsätze der Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen nicht beachtet werden. Wir müssen uns bewusst sein – wir haben ja heute wieder darüber diskutiert –: Wir haben einen neuen Hochschulartikel, wir beraten das Förderungs- und Koordinationsgesetz im Bereich der Hochschulen, und darin sind die Abläufe und die Koordination geregelt.

Mit der Motion entsteht eindeutig ein Konflikt mit dieser Rechtsgrundlage. Also, wir verstehen nicht, wie man praktisch in diesem Prozess plötzlich neue Normen aufführen will. Wir haben uns in der WBK über den Stand der Arbeiten, die beim Bundesamt für Gesundheit in diesem Zusammen-

hang gemacht werden, orientieren lassen. Wir haben uns durch die Schweizerische Universitätskonferenz informieren lassen. Dort hat man uns darauf hingewiesen, dass die Universitäten nicht tatenlos geblieben sind: Man hat zwischen 2007 und 2011 die Aufnahmekapazitäten bei medizinischen Studiengängen um 10 Prozent erhöht, die klinischen Kapazitäten wurden in dieser Zeit um 27 Prozent erhöht. Es wurde uns auch mitgeteilt, dass man befürchte, dass mit solchen Vorgaben vom Bund her die Qualität der Ausbildung leiden würde. Man sieht auch bezüglich der Kompetenzverteilung die Problematik, dass mit den Vorgaben des Bundes zusätzliche finanzielle Lasten letztlich auf die Kantone fallen würden. Man sieht eine Verwerfung im System, wenn man beginnt, in solchen Fragen – also betreffend Studierendenzahlen – nationale Vorgaben zu machen. Der nächste Schritt wäre, dass der Bundesrat in anderen Berufen, in denen man Nachwuchssorgen hat – ich denke da an die Naturwissenschaften, die Ingenieurberufe –, den Schulen Vorgaben machen würde. Man erkennt hier eine bedenkliche Entwicklung, zu der es kommt, wenn man dem zustimmt. Ich habe noch versucht, mich schlauzumachen. Wenn Sie die Motion lesen, dann sehen Sie, dass die Vergabe der Bundesmittel für die medizinischen Fakultäten an das Anliegen gekoppelt werden soll; darauf ist auch noch hinzuweisen. Ich habe mit Leuten gesprochen, die für diese Motion sind, und habe sie gefragt, wie das dann gehen soll. Niemand konnte es mir sagen. Mir ist auch völlig unklar, wie man dann die Beiträge an die Einhaltung oder Nichteinhaltung dieser Vorgaben binden soll. Es ist also hinsichtlich der Umsetzung eine relativ problematische Motion.

Wir sind der Auffassung, dass das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz der Weg ist, um diese Fragen zu regeln. In Diskussion ist auch ein Gegenvorschlag zur Initiative «Ja zur Hausarztmedizin»; auch in diesem Zusammenhang sind die Ausbildungsfragen zu besprechen. Wir finden deshalb, dass wir in erster Linie mit dem HFKG und weiter mit dem Gegenvorschlag zur Hausarzt-Initiative geeignete Wege haben und deshalb auf diese Motion verzichten sollten.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 9 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Motion abzulehnen.

Stähelin Philipp (CEg, TG): Ich brauchte etwas Bewegung; das ist der erste Grund, weshalb ich hier nach vorne gekommen bin und das Wort ergreife. Der zweite Grund ist ernster: Ich habe volles Verständnis für die Argumentation der Mehrheit der Kommission. Ich begreife völlig, dass sie in die bestehende Kompetenzordnung nicht eingreifen will, dass sie den Kantonen ihren Raum belassen will – so weit, so gut. Aber es sind jetzt gut zehn Jahre, dass wir das Problem haben, dass die Universitätskantone eigentlich nicht handeln. Wir leiden unter dieser Situation. Sie ist im Übrigen im Zusammenhang mit dem sogenannten Ärztestopp zu sehen. Auch da haben wir Verhältnisse, die in meinen Augen nicht tragbar sind. Ich bin voll und ganz der Überzeugung, dass von uns hier das Zepter zu ergreifen ist, wenn die Kantone jetzt nicht wirklich ernsthaft an dieses Problem herangehen. Es ist schön – ich akzeptiere das –, dass sie in den letzten drei Jahren 10 Prozent Kapazitätserhöhung gemacht haben, aber das genügt nicht.

Es geht mir mit meinem Votum darum, dass die Kantone sehen, dass dieser Rat tatsächlich ernsthaft an sie appelliert: Sie müssen ihre Obliegenheit, für mehr Kapazitäten zu sorgen, erfüllen. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir eben die Kompetenzordnung ändern – und das will ich gerade nicht. Deshalb noch einmal: Ich appelliere an die Kantone, hier tatsächlich tätig zu werden.

Recordon Luc (G, VD): Il me serait possible de paraphraser le conseiller fédéral – je n'ai pas besoin de vous répéter en français ce qui vient d'être très bien dit en allemand – mais il y a quand même quelques éléments supplémentaires à apporter.

En effet, nous sortons dans ce domaine, je crois, d'une très longue hibernation. Nous avons pensé pendant des décen-

nies que nous avions un problème avec trop de médecins et maintenant nous voyons que nous sommes, de manière assez cruciale et cruelle, placés devant le problème de ne pas en avoir assez, en particulier assez de médecins dans des spécialités particulières, si l'on peut qualifier de «spécialité» la fonction de médecin généraliste, qui est la plus problématique. Nous allons perdre la moitié de nos généralistes dans les dix ans à venir, simplement à cause de leur arrivée à l'âge de la retraite. Et nous ne savons pas comment nous allons pouvoir tous les remplacer – ou plutôt nous ne le savons que trop bien: nous devons recourir à l'immigration, et cela n'est pas sans problèmes. Tout d'abord, cette immigration est en partie mal acceptée dans certains milieux. Ensuite, cette immigration nous fragilise: elle dépend de la volonté de ces personnes de rester chez nous et cela peut changer, si ce n'est d'un jour à l'autre, du moins beaucoup plus rapidement que le temps qui est nécessaire à former des médecins. Enfin, c'est totalement inéquitable, parce que cela participe d'un phénomène de fuite des cerveaux, le fameux «brain drain», qui contredit les efforts que nous faisons pour aider nombre de pays du Sud à se doter de capacités dans ce domaine. J'ai particulièrement pu observer ce cas en me rendant au Népal et en voyant les efforts énormes que font des pays comme celui-ci pour conserver les forces nécessaires.

Placés face à cela, nous avons une motion, qui nous permet de donner un signe fort. Je comprends moi aussi les réserves qu'il y a par rapport aux cantons, mais enfin, on ne leur impose pas quelque chose d'insensé et, à mon avis, pas quelque chose de contraire à l'ordre constitutionnel en matière de formation.

Il paraît normal que, face à un problème important et grave qui concerne tout le pays, on puisse donner plus à ceux qui font des efforts sérieux pour contribuer à le résoudre qu'à d'autres. Il ne s'agit pas d'une punition, il s'agit d'un équilibre tout à fait normal des ressources en fonction de ce que chacun fait comme effort. Placé dans cette situation, je ne suis pas non plus enclin à penser qu'on a l'instrument miracle et qu'on va tout résoudre par cela. Mais enfin, ce serait tout de même dommage de se priver de cet instrument, de se priver de cet outil. Et je crois qu'il est raisonnable d'apporter notre soutien au Conseil national qui, encore une fois, marque une intention. Cela se fera peut-être dans le cadre de la LAHE, comme la commission l'a relevé: c'est peut-être là qu'il faudra prévoir l'ancrage de cette disposition. Mais je ne crois pas que la LAHE, dont nous venons par ailleurs de débattre sous un autre angle, soit un instrument suffisant, actuellement, pour résoudre le problème. Et je pense qu'il est bon que le Conseil fédéral, qui est disposé à le faire d'ailleurs, examine ce qu'il peut tirer de cette disposition.

J'aimerais dire encore un mot par rapport aux autres domaines où, de manière aussi très importante, nous avons des efforts supplémentaires à faire en matière de formation des cadres. Ce sont les domaines des ingénieurs – car nous manquons de plus en plus d'ingénieurs et là aussi nous recourons, à mon avis, trop fortement à ce que peut nous apporter l'étranger – et certainement aussi le domaine des sciences naturelles, de la biologie. Dans ces domaines, nous sommes moins démunis parce que l'essentiel de l'effort est quand même porté par les deux écoles polytechniques qui sont du domaine fédéral et nous pouvons agir plus directement. Dans le domaine de la médecine, parallèlement, qui est beaucoup plus dépendant des cantons, il paraît assez naturel qu'on renforce un tout petit peu notre arsenal et je trouve que cette motion est donc bienvenue.

Gutzwiller Felix (RL, ZH): Als Mitglied einer medizinischen Fakultät kann ich hier natürlich als befangen gelten. Aber ich möchte doch noch kurz etwas zu diesem Thema sagen. Ich sage vorab, dass es meiner Ansicht nach nicht angehen kann, eine Bundeskompetenz einfach tel quel in einen klar kantonalen Kompetenzbereich zu installieren. Ich teile hier die Einschätzung der Kommission.

Ceci dit, das Problem ist reell; das hat Kollege Stähelin sehr zu Recht gesagt. Deshalb fühle ich mich auch gedrängt,

noch etwas zu sagen. Auch der Bundesrat anerkennt das Problem; ich vermute, dass er möglicherweise auch deswegen hier die Kompetenzordnung etwas hintangestellt hat. Er sagt selber, es sei klar – gemessen an den 600 bis 700 eidgenössischen Diplomaten pro Jahr im Humanmedizinbereich –, dass der Bedarf per 2030 nicht gedeckt werden könne.

Wir bilden nicht genügend Leute aus, um diesem zukünftigen Bedarf gerecht zu werden. Das ist doch besonders auch deshalb bedenklich, wenn man sieht, wie viel mehr junge Menschen effektiv gerne Medizin studieren würden. Wir haben sicher in etwa drei- bis viermal mehr Interessierte und Anmeldungen als Studienplätze. Auch hier muss man sagen, dass es teilweise ausserordentlich schade ist, dass nicht mehr junge Schweizerinnen und Schweizer diesen Traumberuf wählen können – auch wenn dies natürlich hohe Kosten mit sich bringen würde; das ist ganz klar.

Der Bedarf wird wachsen. Dies ist nicht nur deshalb der Fall, weil der Arztberuf auch zunehmend ein Frauenberuf geworden ist, mit anderen Konzepten über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Ich persönlich bin auch der Meinung, dass die Schweiz in diesem Bereich wieder etwas mehr zu einer Exportnation werden sollte. Wir waren früher, vor dreissig, vierzig Jahren, eine wirkliche Exportnation, weltweit, für gut ausgebildete Ärzte und Ärztinnen. Heute sind wir eine reine Importnation. Auch dazu liegen Zahlen vor. Ich erwähne das, weil die Ausländerthematik zunehmend ein Thema wird. Die Schweiz hat heute beispielsweise im stationären Sektor ungefähr 30 Prozent Ärzte und Ärztinnen, die im Ausland ausgebildet worden sind. Ein grosser Teil davon stammt aus Deutschland, andere kommen aus Italien, Frankreich und aus anderen Ländern. Dieses Verhältnis hat sich wirklich radikal geändert. Wir importieren heute massiv Ärzte und Ärztinnen aus benachbarten Ländern.

Würden wir diese Betrachtung auf die Pflege ausweiten, dann würden wir feststellen, dass es hier noch sehr viel weiter geht. Teilweise stammen die Leute in diesem Bereich auch aus Ländern des Südens, z. B. aus den Philippinen. Es findet ein massiver Bildungstransfer statt, obwohl diese Länder eigentlich diese Leute, in deren Bildung sie investiert haben, selbst benötigen würden.

In der Antwort auf eine frühere Interpellation meinerseits in dieser Sache wurde vom Bundesrat sogar ausgerechnet, dass wir, bezogen auf Ärzte und Ärztinnen, die im Ausland ausgebildet wurden und dann in der Schweiz tätig werden, einen Transfer von 1 bis 2 Milliarden Franken in unser Land haben. Natürlich wollen wir hier die Beträge nicht kleinlich aufrechnen, aber es ist sicher richtig, einmal festzuhalten, dass wir ohne diese ausländischen Ärzte und Ärztinnen die Qualität im Gesundheitswesen nicht aufrechterhalten könnten und dass mit ihnen – ich denke an die Ausbildungskosten, die in anderen Ländern anfallen – massive Finanztransfers in die Schweiz verbunden sind.

Ceci dit – auch wenn ich das als Ständerat eines Standortkantons eigentlich wohl kaum sagen darf –: Zumindest solange die medizinischen Fakultäten nicht im ETH-System integriert sind, kann und soll es hier keine Bundeskompetenz geben. Aber ich möchte – ich stehe hinter Herrn Stähelin – einen klaren Appell an die Kantone richten, die Zahl der Ausbildungsplätze weiter zu erhöhen. Wir benötigen sie!

Lombardi Filippo (CEg, TI): Ich werde die Motion gemäss Bundesrat und Nationalrat unterstützen. Unsere Kommission sagt, sie anerkenne das Anliegen, und trotzdem empfiehlt sie die Ablehnung und verweist auf andere Vorlagen, die in Bearbeitung sind. Ich frage Sie: Wie viele Hundert Motionen haben wir schon angenommen, obwohl eine andere Vorlage in Bearbeitung war oder kommen sollte? Wir haben es getan, weil wir die Signalwirkung einer Motion anerkennen, denn es ist auch unsere Aufgabe, gewisse Signale zu geben. Ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen als Signal, dass man – nach zehn Jahren, hat Herr Kollege Stähelin gesagt – die Problematik diskutiert, dass jetzt etwas geschehen muss, dass man handeln muss.

Die Auswirkungen der heutigen Situation liegen auf zwei Ebenen: In der Schweiz geht es um die Sicherheit und um die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung. Wir müssen unsere Ärzte ausbilden, wir können sie nicht ständig importieren. Und die Zahlen, Herr Gutzwiller hat das Problem erwähnt, sind beeindruckend: Von 2000 Ärzten, die jährlich anfangen zu praktizieren, wurden nur 700 in der Schweiz ausgebildet. Wir importieren mehr als 1000 Ärzte pro Jahr, und das ist Bestandteil einer der modernsten Schandtaten der Welt – das ist der Ärzteklausur. Jeder weiss, dass die entwickelten Länder z. B. für die Entwicklungshilfe für Afrika viel Geld ausgeben. Wenige wissen, dass wir, die entwickelten Länder, jährlich einen Drittel der ausgebildeten Ärzte aus Afrika absaugen. Würden wir die Ärzte in Afrika belassen, hätten wir wahrscheinlich schon mehr getan als mit unserer Entwicklungshilfe. Das ist schon einmal ein Problem. In die Schweiz kommen natürlich nicht viele afrikanische Ärzte, wir importieren sie aus den benachbarten Ländern, so aus Deutschland. Und wo holen die Deutschen ihre Ärzte her? Natürlich aus Polen und aus der Ukraine. Und wo holen diese Länder ihre Ärzte her? Wahrscheinlich aus Russland oder auch aus Afrika. Das ist ein Phänomen des Braindrain, das wir nur schon aus der Verantwortlichkeit der Schweiz gegenüber dem Rest der Welt heraus nicht tolerieren dürfen. Es wird darauf hingewiesen: Wir können heute nicht eine Bundeskompetenz schaffen. Wir schaffen mit einer Motion keine Bundeskompetenz, wir geben dem Bundesrat den Auftrag, da aktiv zu werden, diese Problematik zu studieren und uns möglichst rasch Lösungen vorzuschlagen. Ich bin ein entschiedener Föderalist, aber ich muss sagen: Hier haben wir einen Bereich, in dem der Föderalismus klar versagt hat. Es kann nicht sein, dass fünf Kantone mit Universitäten die Zukunft des Gesundheitswesens dieses Landes bestimmen, indem sie Geld sparen. Denn eigentlich geht es am Ende darum, dass diese Kantone bei ihren medizinischen Fakultäten Geld sparen und so das Problem für die Schweiz provozieren.

Ich bitte Sie, die Motion anzunehmen.

Maissen Theo (CEg, GR), für die Kommission: Nur ganz kurz zu dem, was Kollege Filippo Lombardi gesagt hat: Es ist nicht so, dass hier mit dem Motionstext kein neues Recht geschaffen wird, sondern es wird ganz klar gesagt: Es sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, die es erlauben, Mindestzahlen festzulegen. Das Problematische kommt noch dazu – ich habe das bereits einführend erwähnt, ich muss das noch einmal betonen –: Es soll dann die Vergabe der Bundesmittel daran gekoppelt werden. Mir kann bis heute niemand sagen, wie das erfolgen soll. Gibt es hier irgendein Malus-Bonus-System, oder wie soll das funktionieren?

Ich habe die Gründe dargelegt, weshalb die Kommission in der Mehrheit der Meinung ist, diese Motion sei nicht anzunehmen. Ich bitte Sie, ihrem Antrag zuzustimmen.

Burkhalter Didier, conseiller fédéral: J'aimerais tout d'abord vous remercier pour ce débat. Je dois dire clairement que cela m'a fait très plaisir. Je n'ai pas été étonné, et le Conseil fédéral non plus, que vous ayez été surpris par la proposition du Conseil fédéral d'accepter la motion, Monsieur le président de la commission. En fait, c'était un peu le but. Nous souhaitons en effet faire un geste politique clair avec la proposition d'accepter la motion. On comprend parfaitement la position fédéraliste, constitutionnaliste; il est vrai que nous l'avons aussi souvent défendue. On peut imaginer une certaine contradiction avec cette proposition du Conseil fédéral d'accepter la motion. Mais ce dernier a voulu marquer un coup dans ce dossier, et cela devait passer par ce débat. Nous pensons que si le Conseil fédéral n'avait pas fait ce geste, il n'y aurait pas eu le même débat ou il n'aurait pas eu lieu tout à fait de la même manière.

Pourquoi voulons-nous marquer le coup? Parce qu'il y a des réalités. Les faits sont têtus, comme on dit, et ils sont vraiment là. Nous ne formons en effet pas assez de médecins – vous l'avez dit et c'est juste: environ 700 médecins. Nous

«importons» environ 1000 médecins étrangers chaque année. Le fonctionnement de nos hôpitaux, de nos cabinets médicaux serait compromis s'il fallait compter uniquement sur notre propre relève nationale. C'est la situation telle qu'elle est vraiment. Il n'y a pas du tout de manque d'intérêt pour la profession: il y a environ 4000 candidats par année et 1084 places en première année de médecine. Cela ne veut pas du tout dire qu'il faut supprimer le numerus clausus, parce qu'il faut vraiment que l'on ait les meilleurs candidats et que peu d'étudiants arrêtent leurs études en cours de route, étant donné le coût de ces études. Il est donc nécessaire de faire en sorte d'obtenir un maximum de réussites, que les candidats qui entrent dans le cursus aillent jusqu'au bout de celui-ci. Mais en tout cas, nous n'avons pas assez de places dans notre pays. Il ne s'agit pas de dire que les cantons n'ont pas fait leur travail ou que la Confédération a envie de faire autre chose; ce n'est pas notre but. Notre but, c'est simplement de dire qu'il y a un réel problème. On ne peut pas rester dépendant à un tel point de l'étranger, cela a été dit.

J'aimerais encore faire une réflexion stratégique, car cela dépasse vraiment le domaine de la santé. Le fait qu'on ait à l'évidence un problème de ce type a deux conséquences. Premièrement, si tout à coup on ne pouvait plus «importer» des forces dans le domaine médical comme nous le faisons aujourd'hui – nous ne pouvons pas être sûrs que cela fonctionnera toujours comme ça avec les régions qui, en quelque sorte, nous envoient leurs compétences –, nous aurons alors un très grand problème en Suisse. Mais surtout, nous avons un problème d'image dans le monde qui a un impact de plus en plus important. Une chose m'avait vraiment frappé, et c'est l'une des raisons qui avait conduit à notre geste, c'est qu'au moment-même de l'épidémie de choléra en Haïti, la statistique sur les forces de travail exportées était publiée, montrant que, en pourcentage, Haïti occupait le premier rang pour ce qui concerne les personnes compétentes dans le domaine médical qui s'expatrient. La situation est donc très contradictoire dans ce monde et, de temps en temps, il faut le souligner clairement.

Le Conseil fédéral a entrepris plusieurs actions pour aider à redresser la situation. Il a recommandé, dans le cadre de ses compétences, aux cantons universitaires de créer davantage de places en médecine humaine. Cela a été fait. Il y a quand même une augmentation de 15 pour cent des capacités en dix ans. Donc, il y a eu une augmentation progressive des capacités. Ce n'est pas suffisant, mais il y a un mouvement, un «trend», à la hausse.

De plus, il y a une motion qui va faire l'objet d'un rapport et que le Conseil fédéral va accepter ces prochains jours ou ces prochaines semaines qui constituera une base solide pour la planification des besoins en matière de formation des médecins. Le rapport comportera des renseignements sur l'évolution professionnelle du corps médical. Et cela permettra de mieux juger les besoins en formation initiale et continue. Evidemment, il apparaîtra qu'une nouvelle augmentation importante des capacités sera nécessaire.

C'est également ces prochains jours que le Conseil fédéral vous transmettra le message relatif à l'initiative populaire «Oui à la médecine de famille». Avec son contre-projet direct, le Conseil fédéral entend promouvoir la médecine de famille en tant que pilier essentiel des soins de base et assurer notamment que les médecins soient engagés autant que possible là où leur présence est indispensable. Voilà déjà une année que, par le biais du Dialogue de la politique nationale suisse de la santé, c'est-à-dire la réunion entre les cantons et la Confédération, les choses bougent, pas seulement dans la formation. On va de plus en plus vers un travail commun sous une forme ou sous une autre. Donc, dans ce pays, un nouveau fédéralisme est absolument nécessaire dans ces domaines.

Voilà à peu près une année que ledit dialogue a chargé la plate-forme «Avenir de la formation médicale», qui a été créée par l'Office fédéral de la santé publique, d'élaborer des solutions en matière de formation initiale et continue en médecine afin de se préparer aux défis à venir. Cette plate-forme réunit les principaux acteurs de la formation, du sys-

tème de santé ainsi que des représentants du corps médical, de même que la Confédération et les cantons. Cette large représentativité – cela fait que les choses sont toujours compliquées et assez lourdes – est importante pour les prochaines étapes. Dans ces prochaines étapes, on va discuter de façon différenciée avec tous les partenaires concernés. L'enjeu ne se limite pas aux capacités de formation dans les universités, il s'agit aussi de l'organisation de la formation postgrade qui doit être mieux structurée, qui doit offrir des chances égales aux femmes et aux hommes, qui doit s'orienter de plus en plus vers l'intégration dans le système de santé. L'enjeu, c'est d'intégrer toutes les compétences pour mieux pouvoir soigner à l'avenir, en particulier la polymorbidité, les maladies chroniques.

Pour en revenir à cette motion, au fond, le principe est unanimement reconnu, et même la commission l'a dit avant de la rejeter sèchement, par 9 voix contre 0. Elle dit au fond que c'est juste, mais qu'elle s'y oppose. C'est une manière de faire. Nous avons fait exactement le chemin inverse. Cela veut dire qu'on devrait être contre, mais l'enjeu est tellement grand qu'on ne peut pas l'être. C'est pourquoi le Conseil fédéral est tout à fait conscient d'avoir peut-être un peu bousculé les habitudes et les règles.

En l'occurrence, il vous propose exceptionnellement de soutenir une motion avant tout sur le fond et moins sur la forme. Ce serait au fond historique si le Conseil des Etats acceptait une motion que sa propre commission a rejetée par 9 voix contre 0. Je le sais bien, ce serait exceptionnel, mais si cela ne l'est pas, au moins vous aurez donné ce signe. Je le répète, si la motion n'est pas acceptée, ce n'est pas si important; ce qui est important, c'est qu'on puisse réellement avoir la volonté de régler ce problème ces prochaines années. Il est vrai que dans le cadre de la nouvelle, non pas LAHE, mais LEHE – puisque vous allez changer le titre tout à l'heure –, la nouvelle loi sur l'encouragement et la coordination, on pourra certainement progresser. Néanmoins, elle n'est pas encore adoptée et n'a pas encore d'effet concret. Pour cela, il faudra un certain temps durant lequel les actions doivent donner lieu à des progrès aussi rapides que possible. C'est la raison pour laquelle il faut interpréter ce soutien comme un soutien à la ligne générale de l'action commune dans ce domaine.

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 15 Stimmen

Dagegen ... 18 Stimmen

10.3947

**Motion
FDP-Liberale Fraktion.
Weniger Ärger
für KMU
mit amtlichen Statistiken**

**Motion
groupe libéral-radical.
Statistique officielle.
L'activité des PME
ne doit plus être perturbée**

Einreichungsdatum 13.12.10

Date de dépôt 13.12.10

Nationalrat/Conseil national 18.03.11

Bericht WBK-SR 17.05.11

Rapport CSEC-CE 17.05.11

Ständerat/Conseil des Etats 13.09.11

*Antrag der Mehrheit
Ablehnung der Motion*

Antrag der Minderheit
(Gutzwiller, Egerszegi-Obrist, Maissen)
Annahme der Motion

Proposition de la majorité
Rejeter la motion

Proposition de la minorité
(Gutzwiller, Egerszegi-Obrist, Maissen)
Adopter la motion

Präsident (Inderkum Hansheiri, Präsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

Maissen Theo (CEg, GR), für die Kommission: Diese Motion ist etwas weniger schwere Kost als die vorhergehende. Mehrheit und Minderheit sind im Prinzip der gleichen Meinung, dass es für KMU wirklich weniger Ärger mit amtlichen Statistiken braucht. Es geht darum, dass man die KMU von Aufgaben im Zusammenhang mit Statistiken, die sie zu liefern haben, entlastet; da sind wir uns alle einig.

Wir konnten uns in der Kommission darüber informieren lassen, dass bei den verschiedenen Ämtern, vor allem beim Bundesamt für Statistik, aber auch beim Seco usw. eine Zusammenarbeit im Gange bzw. bereits realisiert ist, die diese statistischen Erfassungen erleichtern oder vereinfachen soll. Das ganze System der Datenerhebung soll vereinfacht werden, das ist unterwegs. Es gibt auch ein Projekt «Profiling», das direkte Absprachen mit grösseren Unternehmungen hinsichtlich der Optimierung bzw. die elektronische Datenerhebung ermöglicht.

Der Unterschied zwischen den Anträgen der Mehrheit und der Minderheit ist der: Die Mehrheit beantragt Ihnen Ablehnung, weil sie sagt, was die Motion wolle, sei ja schon im Gange, zum Teil bereits realisiert. Die Minderheit möchte mit der Annahme der Motion erreichen, dass man in dieser Sache noch etwas Support gibt, damit man vorwärtsmacht und eigentlich bestätigt hat, dass auf diesem Weg weitergegangen werden soll. Ich würde also sagen, dass man hier mit gutem Gewissen der Mehrheit oder der Minderheit folgen kann. Das sage ich als Vertreter der Minderheit.

Gutzwiller Felix (RL, ZH): Nachdem der Herr Kommissionspräsident schon gesagt hat, man könne in beide Richtungen gehen, kann ich mich kurzhalten.

Sie haben festgestellt, dass der Bundesrat ja die Annahme beantragt; dafür danke ich. Für die Annahme, also dafür, dass wir diese Motion stehenlassen, spricht einfach folgende Tatsache: Ich glaube, Sie wissen, dass doch sehr viele kleinere und grössere Unternehmungen immer wieder darüber klagen, dass die Koordination und die Lasten im Zusammenhang mit den durchaus nötigen und sinnvollen Statistiken sehr oft sehr gross sind. Deshalb ist es aus meiner Sicht für den Bund und das zuständige Bundesamt für Statistik eine Daueraufgabe zu überprüfen, ob es etwas braucht, ob es etwas Neues braucht, wie koordiniert werden kann und welche technischen Mittel in die Statistik Eingang finden können, um das Datensammeln zu erleichtern. In diesem Sinne ist die Umsetzung dieses Anliegens ein längerfristiger Prozess. Viele dieser Massnahmen brauchen längere Umsetzungszeiten. Die Massnahmen können oft aus Ressourcengründen und aus fachlichen Gründen nicht alle gleichzeitig umgesetzt werden, es braucht vielmehr eine Staffelung. Es kommen neue Statistiken dazu, und die Statistiksyste me werden weiterentwickelt. Daher ergibt sich ein neuer Anpassungs-, Koordinations- und Umsetzungsbedarf. Ich erspare Ihnen die Details der Koordination der heute laufenden Arbeiten beispielsweise zu den Unternehmensstatistiken.

Aber als permanenter Auftrag in diesem Bereich, glaube ich, ist es richtig, dass wir dem Bundesrat folgen und die Motion – teilweise schon erfüllt, aber hoffentlich permanent als zentrales Thema in der Statistikentwicklung vor Augen – stehenlassen und deshalb annehmen.

Burkhalter Didier, conseiller fédéral: Vous avez pris connaissance de ce qui est demandé dans cette motion; je ne reviens pas en détail sur son contenu. La requête générale qu'elle contient est soutenue par le Conseil fédéral: les charges administratives inutiles ne doivent pas peser sur les entreprises. La statistique est l'un des domaines concernés par cette problématique; il y en a évidemment beaucoup d'autres. La statistique est malgré tout un domaine important où l'on peut prévoir des allègements, et c'est ce que nous avons fait. Le Conseil fédéral et en particulier l'Office fédéral de la statistique (OFS) sont parfaitement conscients de cette nécessité. L'OFS a pris en considération cet objectif puisqu'il figure maintenant dans la loi sur la statistique fédérale et il est repris et réalisé en grande partie dans le programme pluriannuel de la statistique fédérale.

Dans la perspective de réduire au maximum la charge administrative qui pèse sur les entreprises interrogées, la loi sur la statistique fédérale et les ordonnances y relatives prévoient en particulier la coordination de la production de statistiques, l'utilisation prioritaire des données administratives qui existent déjà dans l'administration, dans les registres. C'est très important pour éviter de faire X fois ce que l'on peut faire en une seule fois, de façon à en tenir compte ensuite là où c'est nécessaire. Dans ce cadre, l'OFS est explicitement mandaté comme étant précisément l'organe de coordination de l'ensemble de la statistique fédérale.

En plus de l'utilisation prioritaire des données administratives existantes, l'Office fédéral de la statistique doit s'efforcer de simplifier au maximum les enquêtes en proposant des modes alternatifs de livraison de données et l'introduction de nouvelles technologies de l'information. Les requêtes qui figurent dans la motion sont non seulement inscrites dans les dispositions légales, mais aussi dans la réalité; elles sont concrétisées en pratique, peut-être pas encore ici ou là, mais progressivement toujours davantage.

On peut donner quelques exemples: pour l'établissement des statistiques économiques, les travaux préparatoires pour permettre l'utilisation directe des données de la taxe sur la valeur ajoutée, des registres des douanes ainsi que des caisses de compensation AVS sont bien avancés. De cette manière, les informations relatives au chiffre d'affaires, à l'importation, à l'exportation ou encore au nombre d'employés peuvent être obtenues sans provoquer de charges supplémentaires pour les entreprises. En particulier l'utilisation des données des registres des caisses de compensation AVS permettra de renoncer au recensement des entreprises sous la forme d'une enquête exhaustive auprès de 500 000 entreprises. Ainsi le recensement des entreprises pourra être effectué à l'avenir sur la base de registres. Cependant, il n'est pas possible de renoncer complètement à toute forme d'enquête directe, du fait que les données administratives ne fournissent pas toutes les informations requises.

C'est la raison pour laquelle il y a toute une série de nouveautés qui ont été introduites afin de répondre à la demande de réduire la charge des répondants. C'est ce qu'on appelle le «profiling» qui vise, par un contact direct avec les grandes entreprises, à simplifier et à optimiser les enquêtes. Il y a ce qu'on appelle l'e-survey, qui permet une livraison électronique des données. Il y a le standard suisse des salaires – heureusement que c'est en français, car sinon je recevrais demain une lettre me conseillant de faire disparaître les anglicismes de la manière de parler de l'exécutif; mais ces dénominations sont officielles. Il y a encore, en français toujours, le nouveau système d'échantillonnage qui aboutit à une meilleure répartition de la charge des enquêtes. Les efforts pour réduire la charge liée aux enquêtes directes auprès des entreprises sont donc concrètement poursuivis. Il s'agit d'un processus continu d'optimisation. Je précise aussi que dans ce cadre il y a des contacts directs réguliers avec l'économie au sens large.

Dans ces conditions, compte tenu du processus continu, on pourrait accepter la motion ou la rejeter en admettant que l'on a déjà à peu près tout fait ou que tout est en cours. Quoi que vous décidiez – l'acceptation de la motion pour dire qu'il

faut encore continuer ou son rejet pour dire que tout est déjà en route –, il n'y aura pas de changement dans l'attitude du Conseil fédéral. Nous vous proposons donc plutôt de l'accepter.

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 23 Stimmen

Dagegen ... 11 Stimmen

11.3099

Motion Graber Konrad. Überarbeitung der Verordnungen über die berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit der Strukturreform

Motion Graber Konrad. Réforme structurelle. Modifier les ordonnances relatives à la prévoyance professionnelle

Einreichungsdatum 15.03.11

Date de dépôt 15.03.11

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.11 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Ständerat/Conseil des Etats 13.09.11

Präsident (Inderkum Hansheiri, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Graber Konrad (CEg, LU): Ich mache gerne einige Ausführungen zu dieser Motion, weil sie meines Erachtens nach wie vor aktuell ist.

Zum Zeitpunkt, als die Motion 10.3795, «Administrative Entschlackung des BVG», hier im Rat behandelt und auch angenommen wurde, hat uns der Bundesrat Verordnungen präsentiert respektive in die Vernehmlassung gegeben, die gerade 180 Grad in die andere Richtung steuerten. Man kriegte hier im Ständerat wirklich den Eindruck: Weiss da die rechte Hand, was die linke tut? Dieses Vorgehen war aus meiner Sicht alles andere als optimal. Im Vorfeld dieser Diskussion wurde beispielsweise leider auch die BVG-Kommission nicht beigezogen. Auch die Branchenorganisation Asip war zu wenig involviert. Die Vernehmlassungen zu diesen Verordnungen fielen auch entsprechend negativ aus. Es brauchte offensichtlich wiederum den Druck dieses Vorstosses, damit die Verordnungen dann überarbeitet wurden.

Ich denke, man sollte aus diesen Abläufen lernen. Es ist zu hoffen, dass daraus dann im Bericht über die zweite Säule, im BVG-Bericht, die Lehren gezogen werden. Es ist dringend erforderlich, dass kein Graben zwischen dem BSV und den involvierten, konstruktiven Interessenvertretungen entsteht. Dies würde die Pensionskassen in ihrer Tätigkeit beeinträchtigen. Die Pensionskassen sehen sich heute auch sonst schon mit sehr grossen Herausforderungen konfrontiert.

Nun mache ich gern einige Ausführungen, und ich will mich aus Sicht der Kantone, bezüglich Oberaufsichtskommission und auch bezüglich Revisionsstellen zu einigen Punkten äussern.

Aus Sicht der Kantone darf positiv zur Kenntnis genommen werden, dass neu Sammelstiftungen nicht mehr gegründet werden können, ohne dass die Aufsichtsbehörde dies erfährt. Das war in der Vergangenheit leider nicht der Fall. Es findet eine eigentliche Vorprüfung statt, bevor der Eintrag im Handelsregister erfolgt.

Zur Oberaufsicht: Bezüglich der Oberaufsicht wurde dem Anliegen der KdK nur teilweise Rechnung getragen. Der Bundesrat reduzierte die vorgesehene Abgabe lediglich um 20 Rappen auf 80 Rappen pro versicherte Person, womit die

Dotierung der Oberaufsichtsbehörde nur unwesentlich reduziert wurde. Die Oberaufsichtskommission hat die Aufsicht über die Aufsichtsbehörden, also die Aufsicht über die Aufsicht. Wichtig in diesem Gremium ist die Fachkompetenz der Mitglieder, des Präsidenten wie auch des Sekretärs. Mit Fug und Recht kann man sich fragen, was die Oberaufsichtskommission mit der sehr reichlichen Dotierung von 25 Stellen anfangen will. Wie will sie diese Zeit ausfüllen? Es ist zu hoffen, dass dort, wo aufgrund dieser Verordnungen ein Interpretationsspielraum besteht, in der Regel eine freiheitliche Auslegung erfolgen wird. Es darf erwartet werden, dass die weisungsberechtigte Oberaufsichtskommission nicht wie die Revisionsaufsichtsbehörde eine Regulierungsflut auslösen und Überinterpretationen vornehmen wird.

Zudem stellt sich bezüglich Oberaufsicht noch ein ganz anderes Problem. Die Oberaufsicht hat die Systemaufsicht; für die Systementwicklung ist aber weiterhin das BSV zuständig. Ich frage, wie die Oberaufsicht ihrer Aufgabe nachkommen will, für Stabilität zu sorgen, wenn die Kompetenz für die Systementwicklung weiterhin beim BSV liegt.

Nun noch Ausführungen bezüglich der Revisionsstelle: Gegenüber dem Entwurf wurden verschiedene Verbesserungen vorgenommen. So ist beispielsweise der Prüfungsauftrag im Zusammenhang mit den Loyalitätsvorschriften reduziert. Die Revisionsstelle bestätigt neu nur noch die Existenz von internen Kontrollen und nicht ein internes Kontrollsystem. Dadurch sind der Grösse der Pensionskassen angemessene Lösungen möglich; das ist auch positiv zu würdigen. Die Offenlegung der Interessenbindungen erfolgt grundsätzlich gegenüber dem obersten Organ und nicht mehr gegenüber der Revisionsstelle; auch das ist aus meiner Sicht sachgerecht.

Es gibt aber auch Punkte, die nach wie vor in der Kritik stehen. Das oberste Organ muss aus mindestens vier Mitgliedern bestehen – Artikel 33 BVV 2. Diese starre Regelung macht für patronale Stiftungen keinen Sinn. Zudem ist nicht klar, ob sie für alle Pensionskassen gilt oder nur für solche, die das Obligatorium abdecken.

Im Anhang zur Jahresrechnung müssen Anlagen, bei welchen die Vermögensverwaltungskosten nicht separat ausgewiesen werden können, einzeln ausgewiesen werden – Artikel 48a Absatz 3 BVV 2. Für grosse Pensionskassen ist dies nicht praktikabel und sehr aufwendig. Eine summarische Darlegung im Anhang würde meines Erachtens ausreichen und dem Zweck der gesetzlichen Bestimmung auch genügen.

Gemäss Interpretation des Bundesamtes für Sozialversicherungen muss die Revisionsstelle für die Prüfung der Einhaltung von Loyalitätsvorschriften – geregelt in Artikel 35 Absatz 2 BVV 2 – zumindest stichprobenweise Einsicht in private Vermögensverhältnisse nehmen. Der Nutzen solcher Einsichtnahmen steht in keinem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand. So werden zum Beispiel unzulässige Vermögensvorteile kaum über die normalen, in Steuererklärungen offengelegten Bankbeziehungen entgegengenommen. Eine extensive Auslegung dieser Bestimmung wird dazu führen, dass immer weniger Personen bereit sein werden, entsprechende Ämter in Stiftungsräten zu übernehmen.

Sammel- und Gemeinschaftsstiftungen dürfen Leistungsverbesserungen nur unter bestimmten Voraussetzungen gewähren – Artikel 46 BVV 2. Bereits die Frage nach der Abgrenzung, die Frage, welche Stiftung unter diese Bestimmung fallen wird, ist in der Praxis sehr schwierig zu beantworten. Auch hier darf erwartet werden, dass diese Regelung grosszügig gehandhabt wird, zumal es nur um Leistungsverbesserungen geht.

Ich komme zum Schluss: Generell ist es erfreulich, dass die Stellungnahmen zum Entwurf in verschiedenen Bereichen zu Entschärfungen geführt haben. Den ersten Teil der Motion hat der Bundesrat weitgehend erfüllt. Die Verordnungen wurden substanziell überarbeitet. Enorm wichtig scheint mir nun, dass die eingeführten Vorschriften mit gesundem Menschenverstand umgesetzt werden.

Nicht befriedigt bin ich von der personellen Dotierung der Oberaufsichtskommission: In einer Zeit der Entbürokratisie-

rung, in einer Zeit, in der wir über Vorstösse diskutieren, die eine Revitalisierung der Wirtschaft fordern – das wird dann am Mittwoch der Fall sein –, sollte die Oberaufsicht nicht schon am Anfang 25,5 Stellen umfassen. Ich frage mich, was die Oberaufsicht mit diesen Ressourcen anfängt. Ich warte jetzt deshalb auch die Diskussion ab, um gegebenenfalls dann mindestens an diesem Punkt festzuhalten.

Büttiker Rolf (RL, SO): Zuerst die schlechte Botschaft: Die ursprünglichen Verordnungsentwürfe zur Strukturreform waren in Bezug auf den Vollzug und vor allem natürlich für die vom Vollzug Direktbetroffenen eine, muss ich sagen, richtige Vollzugswüste, eine Vollzugskatastrophe. Es war dies meines Erachtens ein Beispiel dafür, wie man den Vollzug eben nicht machen sollte: nichts von Effizienz, nichts von weniger Bürokratie, nichts von weniger Leerläufen usw.

Ich komme zur guten Botschaft: Ich rechne dem Bundesrat hoch an, dass er der massiven Kritik nun teilweise, wie es Herr Graber gesagt hat, Rechnung getragen und die Verordnungsbestimmungen überarbeitet und korrigiert hat. Ich begrüsse ausdrücklich die vorgenommenen Anpassungen; sie sind geschildert worden.

Nach wie vor, muss ich sagen, Herr Bundesrat, fehlt für einige Bestimmungen, die Sie in der Verordnung vorgesehen haben, eine gesetzliche Grundlage. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das zeigt, was jetzt beim Vollzug eben anstösst: die Leistungsverbesserungen bei nicht vollständig geäußerten Wertschwankungsreserven. Das ist im Gesetz nirgends geregelt, in der Verordnung hat man aber einen Versuch gemacht. Es muss sich dann in der Praxis zeigen, ob die vorgesehenen Kontrollmassnahmen effektiv mehr sind als nur Beruhigungspillen.

Es scheint mir auch wichtig, dass im Rahmen der Umsetzung der Strukturreform nur das absolut Notwendigste geregelt wird. Es ist jetzt schon kompliziert genug. Wenn ich an gewisse administrative Dinge denke, wie zum Beispiel eine Teilliquidation, so, muss ich sagen, dass man dann nur noch Leute in die Stiftungsräte entsenden darf, die ein Studium des Versicherungswesens gemacht haben.

Weiterhin soll auf das gebaut werden, was sich bisher bewährt hat. Die Gestaltungsverantwortung der Sozialpartner im paritätisch zusammengesetzten Stiftungsrat darf eben nicht weiter ausgehöhlt werden.

Was aber schon allen Beteiligten und Betroffenen klar ist, ist der mit der Umsetzung der geänderten Verordnungsbestimmungen erhöhte Kontroll- und Verwaltungsaufwand. Es wird nicht mehr diskutiert, ob es mehr Aufwand gibt oder weniger, sondern es wird nur noch diskutiert, wie hoch der zusätzliche Aufwand ist, den man jetzt mit diesen Bestimmungen zu leisten hat. Und es ist auch klar: Hohe Kosten in diesem Bereich reduzieren letztlich die Leistungen an die Versicherten. Der Bundesrat hat die personelle Ausstattung des Sekretariats und der Oberaufsichtskommission auf 25,5 Stellen festgelegt; der Vernehmlassungsentwurf hatte noch 28,8 Stellen vorgesehen. Schon die BVG-Kommission hat die Oberaufsichtskommission als zu gross empfunden. Man kann es ausrechnen, man kann sich überlegen, was die zu tun haben – aber man kommt nie auf diese Stellenzahl. Deshalb unterstütze ich vor allem auch in diesem Bereich die Motion Graber Konrad, die eben vorsieht, dass die Aufgaben der Oberaufsichtskommission mit deutlich weniger Stellen erledigt werden könnten. Wichtig scheint uns auch, daran zu erinnern, dass die für die Aufsichtstätigkeit notwendigen Standards nur bei Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage und nach vorheriger Anhörung der interessierten Kreise erlassen werden dürfen, und das wird jetzt dann noch passieren. Die Erfahrungen, die bisher gemacht wurden, müssen also dann einfließen, damit eben nicht noch höhere Verwaltungskosten entstehen.

Ich werde die Motion Graber Konrad unterstützen, vor allem auch in Zusammenhang mit der Dotierung dieser sogenannten aufgepöppelten Oberaufsichtskommission.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Mit der Strukturreform haben wir einen Systemwechsel in der Aufsicht eingeführt.

Ziel war es, eine starke, unabhängige Aufsicht einzuführen. Ziel war es auch, Transparenz bei den Kosten zu erreichen, ein Anliegen, das seit vielen Jahren hängig und fällig war.

Die Vernehmlassungszeit war zu kurz. Der Aufschrei der Betroffenen war gross. Die Motion hat aber den nötigen Druck gemacht, das EDI hat reagiert. Ich sehe das nicht als Selbstverständlichkeit an. Wir haben auch schon anderes erlebt, und ich bin froh um die Reaktion. Die beratende Expertenkommission wurde dreimal kontaktiert. Nach dem dritten Mal erklärten sich praktisch alle einverstanden. In der Expertenkommission sind die Sozialpartner vertreten, alle, die mit der zweiten Säule zu tun haben und auch Verantwortung haben. Sie waren am Schluss einverstanden. Auch Ihre SGK wurde zweimal kontaktiert.

Wichtige nach dem ersten Entwurf verlangte Änderungen wurden aufgenommen. Die personelle Ausstattung wurde reduziert, die Kosten pro Versicherten wurden gesenkt. Geschäftsführer und Vermögensverwalter müssen ihre Interessen nicht mehr gegenüber der Revisionsstelle, sondern gegenüber dem obersten Organ offenlegen. Die Übergangsfrist wurde um ein Jahr verlängert. Das waren die wichtigsten Anliegen. Sie wurden erfüllt.

Sie erinnern sich, in der Sommersession haben wir noch haufenweise Zuschriften erhalten. Sie bezogen sich aber allesamt auf die erste Version, nicht auf die korrigierte. Unterdessen sind diese Vorwürfe verstummt, unterdessen wurde auch der Präsident der Oberaufsichtskommission bestimmt. Nach wie vor sehen wir, dass diese Strukturreform nötig war. Sie kann auch wehtun. Wir sind uns auch bewusst, dass es mehr Kosten mit sich bringt, wenn wir Transparenz und eine wirksame Aufsicht verlangen. Das war uns bei der Beratung der ganzen Strukturreform bereits klar.

Ich habe vorher gesagt, unterdessen sei der Präsident der Oberaufsichtskommission gewählt worden. Es war uns ein Anliegen, dass die Oberaufsicht funktioniert, und zwar bereits am Anfang tadellos. Deshalb wollten wir auch eine starke Oberaufsicht. Wir haben immer einem 100-Prozent-Posten zugestimmt. Mit der jetzt vorgesehenen Besetzung hat man irgendwie das Gefühl, dass es ein 60-Prozent-Posten sei, praktisch ein Ruhestandsjob im Nebenamt. Ich denke, da besteht noch Erklärungsbedarf seitens des Verantwortlichen.

Ich habe diese Motion unterzeichnet. Ich sehe sie jetzt als erfüllt an und gehe mit dem Bundesrat einig: Wenn sie erfüllt ist, wird sie entweder zurückgezogen oder dann abgelehnt.

Burkhalter Didier, conseiller fédéral: Quand Monsieur Graber a commencé sa présentation, il a dit voir une contradiction entre, d'un côté, la volonté de simplifier, d'alléger administrativement l'Etat, surtout pour ceux qui subissent après les interventions, et, d'un autre côté, le fait de préparer de telles ordonnances, très complexes, et qui interviennent forcément beaucoup. Dans le domaine de la prévoyance et dans le domaine social en général, vous aurez souvent ce conflit potentiel entre la sécurité et la liberté. En particulier dans ce domaine-là, on a déjà vu à plusieurs reprises la contradiction, surtout dans le domaine du débat politique, car à un moment donné celui-ci s'oriente clairement sur la sécurité et on demande plus de transparence, plus de confiance. On l'a vu en particulier il n'y a pas très longtemps avec la votation de l'année passée. Tout de suite après, on souhaite vraiment une intervention très claire et puis, en même temps, dès que l'on voit arriver les conséquences de la législation compliquée qui a été faite autour de la réforme structurelle, on a l'impression que la liberté est trop réduite et qu'il faut en revenir à d'autres concepts.

La contradiction doit être gérée, mais il faut accepter de choisir entre liberté totale et sécurité très grande. Et à un moment donné il est nécessaire d'intervenir, surtout avec des ordonnances qui doivent être conformes à la loi. Il a été dit qu'il restait quelques points qui n'auraient pas de bases légales. Dans les faits, nous sommes convaincus maintenant que les ordonnances telles qu'elles sont faites à ce stade, telles qu'elles entrent en vigueur, comme l'a dit Madame Egerszegi-Obrist, sont véritablement la suite logique

des décisions prises au niveau du Parlement. Il y aurait lieu de critiquer le fait de ne pas le faire, parce que cela voudrait dire que l'on ne veut pas concrétiser la volonté du législatif – ce qui serait le plus grave, à mon avis, d'un point de vue exécutif.

En effet, au début du mois de juin dernier, on a adopté les dispositions d'ordonnance nécessaires pour mettre en oeuvre cette réforme structurelle. On a tenu compte des critiques – j'y reviendrai – mais, cela a été dit, avec des interprétations différentes. On a modifié une série d'éléments: on a modifié l'effectif et les coûts de la haute surveillance et là, d'emblée, Madame Egerszegi-Obrist, je suis entièrement responsable du choix. C'est le Conseil fédéral qui a choisi le président de la Commission fédérale de haute surveillance, mais c'est moi, en effet, qui l'ai souhaité. Le Conseil fédéral a suivi.

Pour ma part, je suis convaincu que cette personne est indépendante et compétente. J'ai cherché exprès une personne qui me donne cette impression et cette certitude. Je suis convaincu d'avoir choisi la bonne personne. Je lui fais entièrement confiance, de même de la part du Conseil fédéral, puisque cela a été confirmé par la suite.

Il n'est pas très facile de trouver quelqu'un qui correspond à cent pour cent à ce poste, qui est d'accord de travailler dans ce domaine pour le salaire que l'on offre dans l'administration. Il n'est pas très facile de trouver des personnes compétentes et encore moins des personnes qui n'ont pas un but supplémentaire ou une ambition pour leur carrière. Donc je trouve votre remarque sur le fait d'être à la retraite – «Ruhestand» – totalement déplacée. La critique, je l'accepte tout à fait, mais parler de «Ruhestand» est tout à fait faux. Il faut aussi admettre maintenant – et cela, c'est le patron des affaires sociales qui le dit – que même quand on est âgé, on peut encore travailler, que même quand on est âgé, on peut être utile à la société. Et surtout, quand on a de l'expérience et des compétences, c'est peut-être mieux de les mettre à disposition plutôt que d'aller seulement faire du vélo. Et comme faire du vélo, c'est bon pour la santé, alors comme ministre de la santé je vous propose de faire les deux!

En attendant, je suis vraiment d'avis que le choix qui a été fait est bon. Maintenant, laissez-nous travailler, laissez-nous mettre en place cette autorité de haute surveillance dont les coûts annuels, soit dit en passant, représentent 1,5 pour mille des frais de gestion du deuxième pilier. Les frais de gestion du deuxième pilier s'élèvent à 4 milliards de francs par an; l'autorité de surveillance coûte 6 millions de francs par an. Alors, d'accord, on peut trouver que c'est encore trop, mais nous avons diminué les coûts, le nombre de postes. Dire «lediglich um 20 Rappen», oui, sur 1 franc! «Lediglich um 20 Rappen» sur 1 franc, cela fait «lediglich 20 Prozent»! Ce n'est quand même pas rien!

Si la haute surveillance permet de défendre, de protéger les intérêts des institutions de prévoyance et d'éviter des catastrophes dans le deuxième pilier, c'est un investissement parfaitement bien placé. Pour cela, en effet, il faut trouver les bonnes personnes et les placer aux bons endroits. Je défends totalement mon choix parce que je suis entièrement convaincu d'avoir pris la bonne décision.

Il y a d'autres points sur lesquels nous avons fait des modifications, mais je ne les passe pas en revue, parce que vous savez déjà de quoi il s'agit. D'autres choses n'ont pas été faites, parce que nous estimons que cela ne correspond pas à une nécessité, compte tenu de la volonté du législateur, du moins de celle qu'il avait au moment où il a examiné le projet de révision de la loi.

J'aimerais vous dire une chose concernant la consultation. Vous vous apprêtez à voter sur une motion. Par cette motion, Monsieur Büttiker, si vous l'adoptez, vous demandez au Conseil fédéral théoriquement d'envoyer de nouveau un avant-projet en consultation, qui prévoit de donner des tâches à l'OFAS. Donner des tâches à l'OFAS dans ce domaine est tout à fait faux, puisqu'il a précisément été décidé qu'on voulait quelque chose d'indépendant et se doter des compétences que n'a précisément pas l'OFAS.

Donc vous donneriez un signe contraire. Alors s'il y a une contradiction, elle serait là, exactement où vous vouliez faire la réforme structurelle.

Par ailleurs, vous demandez une nouvelle consultation, alors qu'elle a déjà eu lieu. La consultation a été faite. Une consultation, c'est fait pour consulter; après la consultation, il y a des informations en retour, et, sur cette base, on fait une appréciation et, si c'est nécessaire, on rediscute. L'office a été ouvert à toutes les discussions: toutes les personnes et toutes les organisations qui ont souhaité venir discuter ont pu le faire. Institutionnellement, nous avons encore discuté avec la Commission fédérale LPP et nous sommes allés devant les commissions, notamment devant celle du Conseil des Etats. Plus personne n'avait alors d'objections. Donc je ne vois pas ce qu'on peut faire de plus que consulter et, en fonction des résultats de la consultation, rediscuter avec ceux qui le souhaitent et, sur le plan institutionnel, avec les commissions parlementaires et les commissions extraparlémentaires. A la fin, plus personne n'a de remarque à formuler et on nous dit qu'on veut encore voter une motion qui demande une nouvelle consultation. Mais enfin, si vous voulez vraiment alléger la vie de ce pays, votez alors contre cette motion et, à ce moment-là, on peut faire avancer ce qui a été décidé après une longue maturation, de longues discussions et de longs débats avec tout le monde.

Je passe directement à quelques réactions, parce qu'à croire ce que disent certains, ce serait toujours difficile. Peut-être qu'un point ou l'autre devra faire l'objet, un jour, d'une révision; c'est possible. Je me permettrai de vous citer des réactions. Je ne vais pas en citer trop, mais je commencerai par celle-là, parce qu'elle me plaît bien – mais il y en a d'autres. Les forces constructives, comme a dit Monsieur Graber, ont toutes été consultées.

«Die Treuhand-Kammer hatte in ihrer umfassenden und begründeten Vernehmlassungseingabe auf elf Bestimmungen fokussiert, welche die Arbeit der Revisionsstellen konkret betreffen. Der Bundesrat hat in allen diesen elf Punkten der Kritik Rechnung getragen. Die resultierenden, nunmehr definitiven Regelungen weiten den Prüfungsumfang eindeutig aus, sie respektieren aber die gesetzliche Funktionentrennung und sind in der vorgesehenen Weise der Inkraftsetzung aus Sicht der Revisionsstellen für alle Beteiligten umsetzbar.»

A peu près les mêmes réactions de l'Association suisse des institutions de prévoyance (ASIP), de la Conférence des administrateurs de fondations de placement (CAFP), de la part du site Internet www.vorsorgeforum.ch. Ce sont les forces constructives. Vous avez discuté d'un cadre, nous avons appliqué les éléments du cadre. Le premier projet était critiquable, il a été critiqué et il a été corrigé. Maintenant il faut nous laisser travailler.

Je vous demande de rejeter cette motion.

Graber Konrad (CEg, LU): Es stellt sich ja die Frage, was wir jetzt mit dieser Motion machen. Ich anerkenne ausdrücklich – das tun auch andere Votanten –, dass dem Hauptziel, nämlich der Überarbeitung dieser Verordnungen, Rechnung getragen wurde. Aber es brauchte diese Motion, damit überhaupt noch einmal die entsprechende parlamentarische Kommission konsultiert wurde.

Die Motion stellt allerdings zwei Forderungen. Was die Verordnungen angeht, gebe ich mich zufrieden. Was die Oberaufsichtskommission angeht, bin ich nach wie vor der Auffassung, dass eine Überdotierung vorliegt. Es ist auch jetzt nicht erklärt worden, was man mit diesen 25,5 Stellen tun will. Ich bin der Auffassung, dass die Motion zumindest in diesem Punkt relevant ist. Weil wir die Motion nicht anpassen können, müssen wir sie annehmen, damit der Nationalrat eine Anpassung vornehmen kann. Das wäre also meine Empfehlung: die Motion anzunehmen, mit der Aufforderung an den Nationalrat, sich vor allem auf das Thema Oberaufsichtskommission zu konzentrieren.

Ich wiederhole: Es geht hier um die Aufsicht über die Aufsicht. Wir haben in allen Kantonen eine BVG-Aufsicht, und ich sehe nicht ein, was eine Oberaufsichtskommission mit

25,5 Stellen anfangen will. Hinzu kommt: Wir sind in einer Diskussion über Revitalisierungsprogramme, wir werden da die Annahme von Motionen beschliessen, mit dem Ziel, eine Revitalisierung zu starten. Wir sollten das auch bei der täglichen politischen Arbeit tun.

Ich bitte Sie also, die Motion anzunehmen und dem Nationalrat die Möglichkeit zu geben, sie zu modifizieren.

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 12 Stimmen

Dagegen ... 15 Stimmen

11.3474

Interpellation Comte Raphaël. Unfallversicherung greift nicht bei Rückfällen nach einer früheren Verletzung. Gesetzeslücke schliessen

Interpellation Comte Raphaël. Accidents non couverts par l'assurance-accidents pour cause de récidence d'une lésion antérieure. Comblen une lacune juridique

Einreichungsdatum 31.05.11

Date de dépôt 31.05.11

Ständerat/Conseil des Etats 13.09.11

Präsident (Inderkum Hansheiri, Präsident): Der Interpellant hat mitteilen lassen, dass er von der schriftlichen Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt ist und eine Diskussion beantragt. – Sie sind damit einverstanden.

Comte Raphaël (RL, NE): Sur la forme, je tiens à remercier le Conseil fédéral pour la qualité et l'exhaustivité de sa réponse. Sur le fond, l'appréciation est un peu moins positive, puisque le Conseil fédéral reconnaît qu'il y a effectivement une lacune dans la loi, mais il estime que pour des raisons financières il n'est pas possible de la corriger. Le Conseil fédéral affirme que les coûts seraient importants, disproportionnés: c'est un argument qui me laisse un peu perplexe, dans la mesure où nous n'avons aucune évaluation. Une évaluation serait même difficile à faire. Il me semble que l'exercice mériterait tout de même d'être tenté pour savoir combien de cas seraient concernés. C'est une affirmation un peu gratuite sur le fait que cela coûterait trop d'argent et que l'on ne peut donc pas combler une lacune qui est reconnue comme telle.

Une assurance est là pour couvrir un certain nombre de cas. Naturellement, les coûts doivent être pris en compte, mais le seul argument financier ne saurait exclure de l'assurance un certain nombre de cas. Nous avons aussi eu dans l'assurance-maladie des questions sur un certain nombre de maladies où il y a eu des discussions sur le plafonnement. Je crois que, dans une assurance, on doit définir les cas que l'on veut couvrir et ensuite voir si ces coûts sont couverts par les différents prélèvements.

Le Conseil fédéral ouvre une piste, et je lui en suis gré, sur la possibilité d'une assurance complémentaire APG. C'est une piste qui est intéressante. Toutefois, j'ai regardé concrètement si cela était possible dans certains cas. Par exemple, une personne concernée par cette situation a fait des demandes; sur cinq demandes faites auprès de différents assureurs, quatre assureurs ont tout simplement refusé de faire une proposition, de couvrir le cas en question et un a accepté de faire une proposition, mais à des conditions extrêmement strictes, avec une réserve de cinq ans et avec une prime de 328 francs par mois. Cela revient à dire que

cette assurance serait limitée uniquement à des personnes ayant des moyens relativement importants.

Je ne suis donc pas convaincu par la réponse du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral admet cette lacune. Je crois qu'il appartient au Parlement de décider si cette lacune doit demeurer telle quelle ou s'il convient de la corriger. C'est la raison pour laquelle j'évaluerai l'opportunité de déposer une motion sur cette question pour que le Parlement puisse décider en connaissance de cause si oui ou non il souhaite maintenir cette lacune ou la combler.

Burkhalter Didier, conseiller fédéral: Je remercie l'auteur de l'interpellation d'avoir reconnu qu'on a été assez complet. Mais en effet, on peut encore imaginer d'étudier les choses sur la base d'une motion. On peut néanmoins essayer de résumer la situation: à ce stade-là, on a le cas où il y a un accident et un travailleur qui est assuré. S'il a une rechute par la suite, même s'il a changé d'emploi, même s'il n'est plus chez le même employeur, c'est l'assurance-accidents de base qui va fonctionner. Dans le cadre de l'assurance-maladie, c'est l'assureur suivant qui va fonctionner en cas de rechute. Mais il est vrai qu'on a une lacune, vous avez raison.

On a une lacune, par exemple dans le cas où l'assurance-accidents d'un travailleur ne prendrait pas en charge les rechutes, les séquelles tardives d'un accident survenu durant l'enfance de ce dernier. Donc, il y a en effet une lacune. On peut la combler par les éléments qu'on a évoqués dans la réponse à l'interpellation, notamment avec l'assurance-maladie collective d'indemnités journalières, mais je n'y reviendrai pas.

J'aimerais encore juste dire que nous nous sommes déjà prononcés sur les solutions plus étatiques dans ce cadre-là et dans le cadre d'autres propositions. Par exemple dans la réponse à la motion Humbel 10.3821, «Pour une assurance d'indemnités journalières efficace en cas de maladie», le Conseil fédéral s'était déjà prononcé contre l'introduction d'une assurance obligatoire d'indemnités journalières en cas de maladie. C'est là qu'on a aussi parlé de coûts disproportionnés. On n'a pas d'estimation très précise, mais on parle de milliards de francs en l'occurrence. Si l'on devait introduire une assurance obligatoire d'indemnités journalières en cas de maladie, on peut considérer que le volume du marché pourrait se chiffrer à plusieurs milliards de francs, ce qui signifie qu'ensuite ce montant serait transféré dans l'assurance-maladie obligatoire. C'est à vérifier et à estimer, mais il est évident que le Conseil fédéral s'opposera à aller dans une telle direction, même s'il y a des motions, s'il s'agit vraiment d'aller d'une manière générale dans le sens d'une assurance obligatoire d'indemnités journalières en cas de maladie. Nous aurons des débats, mais nous ne pouvons pas envisager de charger l'assurance-maladie obligatoire de sommes aussi considérables.

Tout comme l'obligation de prestations de la loi sur l'assurance-accidents pour les rechutes et les séquelles tardives attribuables à des accidents initialement non couverts par cette loi, l'introduction d'une assurance obligatoire d'indemnités journalières dans l'assurance-maladie entraînerait des coûts que nous estimons comme étant difficilement défendables. C'est pourquoi nous sommes très réservés.

Cependant, je le répète, si vous déposez une motion, le Parlement pourra l'examiner. Nous aurons l'occasion alors d'apporter des précisions; nous aurons plus de temps pour fournir davantage d'éléments pour que le Parlement puisse se faire une idée sur la manière de combler éventuellement cette lacune autrement que par les possibilités existantes, qui prévoient évidemment une intervention moins directe de l'Etat.

11.3484

**Interpellation Luginbühl Werner.
Stiftung Helvetia Massilia.
Foyer helvétique
Les Charmerettes
in Marseille**

**Interpellation Luginbühl Werner.
Fondation Helvetia Massilia.
Foyer helvétique
Les Charmerettes
à Marseille**

Einreichungsdatum 01.06.11
Date de dépôt 01.06.11

Ständerat/Conseil des Etats 13.09.11

Präsident (Inderkum Hansheiri, Präsident): Der Interpellant hat erklärt, dass er von der schriftlichen Antwort des Bundesrates nicht befriedigt sei. Er beantragt eine Diskussion. – Sie sind damit einverstanden.

Luginbühl Werner (BD, BE): Die Antwort vermag mich nicht zu befriedigen. Ich muss allerdings zugeben, dass es möglicherweise gar nicht möglich ist, eine Antwort zu geben, die in dieser Situation, die in diesem Fall zu befriedigen vermag. Trotzdem möchte ich doch eine kritische Bemerkung anbringen: Die Antwort enthält die Ungenauigkeiten und die von der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht kritiklos übernommenen Argumente des ehemaligen Konsuls und seiner Entourage, die die Aufhebung des Foyers zielstrebig vorantreiben. Offenbar soll im Nachhinein abgesegnet werden, was von den zuständigen Organen des Foyers nie gutgeheissen worden ist; dies, obwohl die Stiftungsaufsicht reichlich mit Dokumenten bedient worden ist, die zeigen, dass die Organe des Foyers ausgehebelt worden sind.

Das ist jetzt Streitpunkt an den französischen Gerichten. Der Zufall will es, dass heute in Marseille erstinstanzlich über die Ausweisung der hochbetagten Pensionäre von Les Charmettes geurteilt wird.

Burkhalter Didier, conseiller fédéral: Ce dossier est assez complexe, mais je vais essayer de réagir à votre prise de position, Monsieur Luginbühl. Tout d'abord, si vous estimez qu'il y a des «Ungenauigkeiten», je me pencherai encore une fois sur le problème. C'est une interpellation, ce qui me donne l'occasion de revoir les choses, mais il me semble quand même qu'il faut préciser les possibilités d'intervention. Nous sommes, au fond, en présence d'une fondation de droit suisse et d'une association française. Quand vous parlez du «Foyer helvétique», il s'agit de l'association française et non pas d'une fondation suisse. Il ne faut donc pas mélanger les possibilités d'intervention et c'est d'ailleurs pour cette raison que les tribunaux français interviennent maintenant dans cette histoire.

Helvetia Massilia est donc vraiment une fondation de droit suisse qui est en possession de la propriété Les Charmerettes. Son but est d'assurer des ressources à la colonie suisse de la région. Le Foyer helvétique, en revanche, je le répète, est une association française dont le but est d'héberger des personnes âgées, notamment suisses, puis de plus en plus françaises, semble-t-il, dans ce bâtiment. La Fondation Helvetia Massilia a mis le bâtiment à disposition du Foyer helvétique, puis a cherché à libérer ce bâtiment des engagements qu'elle avait plus ou moins pris avec le foyer. Actuellement, c'est ce qui donne lieu à une procédure d'expulsion devant les tribunaux, puisque l'expulsion est demandée de la part de la Fondation Helvetia Massilia pour des engagements qui concernent l'association française Foyer helvétique dans le cadre de ce bâtiment Les Charmerettes. Les tribunaux doivent se prononcer aujourd'hui même et on verra donc

dans quel sens cela va. Je me pencherai encore une fois sur le problème, mais il est évident, en revanche, qu'en ce qui concerne la surveillance des fondations, les tâches de l'autorité fédérale de surveillance des fondations sont clairement orientées sur la surveillance des fondations de droit suisse. Cette autorité ne peut pas intervenir dans le cadre de l'association française.

11.302

**Standesinitiative Basel-Landschaft.
Anerkennung
des Kantons Basel-Landschaft
als Universitätskanton**

**Initiative cantonale Bâle-Campagne.
Reconnaître
le canton de Bâle-Campagne
en tant que canton universitaire**

Vorprüfung – Examen préalable

Einreichungsdatum 10.02.11
Date de dépôt 10.02.11

Bericht WBK-SR 27.06.11
Rapport CSEC-CE 27.06.11

Ständerat/Conseil des Etats 13.09.11 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Kommission

Der Initiative keine Folge geben

Antrag Janiak

Der Initiative Folge geben

Proposition de la commission

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition Janiak

Donner suite à l'initiative

Präsident (Inderkum Hansheiri, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Maissen Theo (CEg, GR), für die Kommission: Die Kommission hat vor der Beratung dieser Standesinitiative zur Kenntnis genommen, dass in dieser Sache zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und dem EDI Verhandlungen stattgefunden haben. Und sie hat auch zur Kenntnis genommen, dass offensichtlich diese Verhandlungen zwischen dem Bund und dem Kanton zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Kommission hat deshalb grundsätzlich Verständnis dafür, dass Basel-Landschaft nun eine Standesinitiative einreicht.

Warum beantragen wir Ihnen trotzdem mit 6 zu 3 Stimmen, dieser Standesinitiative keine Folge zu geben? Die Überlegungen sind sehr einfach; es sind in erster Linie formelle Überlegungen. Die Standesinitiative verlangt, dass die Verordnung zum Universitätsförderungsgesetz zu ergänzen sei, indem auch Basel-Landschaft als Universitätskanton anerkannt werde. Die formelle Überlegung dazu ist die: Wir als Bundesversammlung sind nicht kompetent, eine Verordnung des Bundesrates anzupassen. Das ist Sache des Bundesrates. Wir haben hier keine Kompetenz.

Dann müssen wir des Weiteren darauf hinweisen, dass es von der aktuellen Situation in der Gesetzgebung her gesehen so ist, dass mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) das Universitätsförderungsgesetz aufgehoben wird, und damit wird auch die entsprechende Verordnung aufgehoben. Selbst wenn man jetzt diese Verordnung noch ändern würde, wäre sie in absehbarer Zeit gar nicht mehr in Kraft. Das ist die zweite Überlegung.

Allerdings müssen wir auch festhalten, dass dem Anliegen im zu behandelnden HFKG nicht Rechnung getragen werden kann, aber die Kommission betont, dass sie die Förderung von Kooperationsbestrebungen befürwortet, und wir haben kein Verständnis für den Umstand gehabt, dass das Departement bis anhin offenbar in dieser Sache nicht konkret gehandelt hat.

Zum Abschluss noch eine Bemerkung, die ich als Kommissionspräsident gemacht habe: Wir hatten ein Hearing mit Vertretern des Kantons Basel-Landschaft. Ich habe gesagt, für den Halbkanton Basel-Landschaft wäre es relativ einfach, Universitätskanton zu werden, indem er sich wieder mit Basel-Stadt vereinigen würde. Das hat dann nicht die ungeteilte Zustimmung der Hearing-Teilnehmer gefunden.

Janiak Claude (S, BL): Ich habe den Ausführungen des Kommissionspräsidenten entnommen, dass die Berechtigung des Anliegens eigentlich nicht bestritten ist. Die Anerkennung des Kantons Basel-Landschaft als Universitätskanton gemäss Universitätsförderungsgesetz und Verordnung zum Universitätsförderungsgesetz – das ist das Anliegen.

Seit 2007 ist der Kanton Basel-Landschaft paritätischer Mitträger der Universität Basel. Es hat damals einen Staatsvertrag gegeben, es hat eine Volksabstimmung gegeben; eine überzeugende Mehrheit hat sich damals für diese gemeinsame Trägerschaft entschieden. Dies ist verbunden mit sehr viel Geld; man hat damals auch die entsprechenden Beiträge beschlossen. Seit 1996 leistet der Kanton Basel-Landschaft subanzielle Beiträge an die Universität Basel, welche die Beiträge gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung weit übertreffen. Seit 1997 ist der Kanton Basel-Landschaft Fachhochschul-Trägerkanton, seit 2006 ist er Träger der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Die finanziellen Beiträge des Kantons Basel-Landschaft an die Universität Basel, an die Fachhochschule Nordwestschweiz, an die anderen kantonalen Universitäten und Fachhochschulen über die Hochschulkonkordate, an den ETH-Bereich in Basel und an das CSEM positionieren den Kanton Basel-Landschaft an vorderer Position unter den Schweizer Kantonen. Die Finanzierungsbeiträge an das Universitätssystem sind deutlich höher als diejenigen mehrerer vom Bund anerkannter Universitätskantone mit kleineren Universitäten.

Was die beiden Basel hier gemacht haben, ist eine Bündelung der Kräfte, um die finanziellen Mittel effizient zu investieren und Starkes zu stärken. Man fördert innovative Lösungen; eine Voraussetzung für die interkantonale Trägerschaft ist ja auch die Autonomie der Hochschulen, die Herauslösung der Universität aus der kantonalen Verwaltung Basel-Stadt. Die mehrjährigen Globalbudgets haben der Universität Basel den nötigen Handlungsspielraum gegeben.

Es ist meines Erachtens nichts als selbstverständlich, dass der Kanton Basel-Landschaft nun auch Mitsprache verlangt. Er ist vom Bund bis heute nicht als Universitätskanton anerkannt worden; er hatte dies 2005 im Hinblick auf den Staatsvertrag mit Basel-Stadt verlangt. Es ist schon sehr viel Zeit verfloßen. Der Kanton Basel-Landschaft ist also nicht als Universitätskanton anerkannt, obwohl das Universitätsförderungsgesetz die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bereich der universitären Hochschulpolitik verlangt.

Wegen der fehlenden bundesseitigen Anerkennung hat der Kanton Basel-Landschaft auch kein Stimmrecht und ist deshalb von den wesentlichen Strategie- und Entscheidungsfragen ausgeschlossen. Die Begründung des zuständigen Bundesrates ist immer die gleiche: Die paritätische Mitträgerschaft ist in den bestehenden Gesetzen nicht geregelt, denn die Gesetze gehen von Einzel- bzw. eindeutigen Hauptträgerschaften aus. Das ist immer die gleiche Antwort, die man jetzt bekommt.

Wir haben heute auch das HFKG behandelt; wir haben auch gehört, dass entgegen früheren Zusicherungen das Problem jetzt auch hier nicht gelöst wird, sondern dass es nach diesem Gesetz eben vorausgesetzt ist, dass ein Konkordat aus-

gearbeitet werden muss, um dann nachher allenfalls zum Ziel zu kommen. Die Anerkennung des Kantons Basel-Landschaft ist auf der bestehenden Gesetzesgrundlage zu vollziehen – das ist der Antrag, den der Kanton stellt, denn die Inkraftsetzung des HFKG wird allerfrühestens 2014 stattfinden. Bis dahin erfolgen in den bestehenden Gremien wichtige Weichenstellungen, und davon ist man als Kanton, der an einer Universität beteiligt ist, ausgeschlossen. Verzögert sich die Ausformulierung und Ratifizierung des Hochschulkonkordates, dann bleiben bis dahin noch weitere Jahre, und man ist weitere Jahre ausgeschlossen.

Wir haben heute schon bei zwei anderen Geschäften das Wort «Zeichen setzen» gehört. Wenn man ein Anliegen als berechtigt taxiert, sollte man es nicht während Jahren immer wieder mit formellen Begründungen ablehnen.

Ich bitte Sie deshalb, dieser Initiative Folge zu geben und eben ein Zeichen zu setzen.

Fetz Anita (S, BS): Vom Verständnis in der Kommission – schön – erhält Baselland leider keine Anerkennung. Dass man Kooperationen in der ganzen Hochschullandschaft fördern soll, erzählen mir alle seit Jahren. Dennoch passiert nichts. Auch mein Antrag, im Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz den Kanton Baselland aufzunehmen, wurde abgelehnt. Ich möchte Sie inständig bitten, den Worten wirklich auch Taten folgen zu lassen, weil die Ablehnung sämtlicher Forderungen durch den Bundesrat notorisch und frustrierend ist. Was bedeutet das? Man sendet in die Schweiz das Signal, dass man zwar von Kooperation redet, aber wenn es jemand einmal tatsächlich macht, er dafür bestraft wird. Dieses Signal wird mit der Ablehnung dieser Standesinitiative gesetzt. Ich meine, dass das kein gutes Zeichen für die Akzeptanz des HFKG ist. Es ist übrigens auch kein Geheimnis, dass das in verschiedenen Bereichen sehr kritisiert wird. Der Kanton Baselland und der Kanton Basel-Stadt, die jetzt beide diese Universität tragen, werden wahrscheinlich bei der Gesamtanalyse zur Einsicht kommen, dass diese Kooperation, die jetzt in einem so grossen Gesetz reguliert wird, für sie leider nicht infrage kommt.

Ich möchte mich meinem Kollegen Claude Janiak anschliessen und Sie bitten, nicht nur von Kooperation zu reden, sondern auch jene zu unterstützen, die es machen. Sonst hätte man dem Kanton Baselland sagen müssen, er solle eine eigene Universität gründen, dann bezahle der Bund noch mehr. Genau das haben wir in der Region vernünftigerweise nicht gemacht und wären nun froh um Ihre Anerkennung.

Maissen Theo (CEg, GR), für die Kommission: Nur ganz kurz: Es ist ja sehr sympathisch, wenn man Signale geben und Zeichen setzen will, wie das gesagt worden ist. Ich muss Sie, bevor Sie abstimmen, einfach darauf hinweisen, dass wir ein formelles Problem haben. Die Forderung ist die, dass die Verordnung zum Universitätsförderungsgesetz ergänzt werden soll. Das heisst, wenn wir dieser Initiative nun Folge geben würden, wäre es an uns, eine Verordnung zu ändern und damit etwas zu tun, was eigentlich in der Kompetenz des Bundesrates liegt. Das heisst, wir können das so gar nicht machen. Wenn wir das machen wollten, müssten wir einen Gesetzeserlass machen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass man hier nicht einfach sagen kann, wir zeigten den guten Willen, setzten Zeichen und gäben Signale. Das geht hier über das Zeichensetzen und Signalgeben hinaus – damit man sich dessen noch bewusst ist.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben ... 11 Stimmen

Dagegen ... 17 Stimmen